



Informationsdienst von Martin Kastler MdEP

Ausgabe 7 vom 27. Mai 2010

Inhalt:

- Europa verabschiedet 750 Milliarden Euro - Unterstützung
- Europäisches Parlament verbietet Klebefleisch
- Kommission soll bei Sicherheitspolitik endlich handeln
- Abstimmung über Transportrichtlinie verschoben
- Grenzüberschreitende Organspenden sollen einfacher werden
- Christenverfolgung in Pakistan ächten
- Europa als Projekttag an deutschen Schulen
- Mazedonien zu Gast beim Europafest in Schwabach

Europa verabschiedet 750 Milliarden Euro - Unterstützung

Die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben letzte Woche eine historische Entscheidung getroffen. Mit der enormen Summe von 750 Milliarden Euro wollen die EU-Staaten Sicherheit schaffen und Ländern im finanziellen Notfall unter die Arme greifen. Das Hilfspaket besteht jedoch nicht direkt aus dem Geld der Steuerzahler, wie allgemein befürchtet. Es handelt sich vielmehr um Bürgschaften und Kredite, die verzinst wieder zurückgezahlt werden müssen. Trotz allem sehe ich dies aber als sehr riskant an.



Spekulanten und Zocker bedrohen den Euro und die Stabilität des europäischen Finanzmarkts. Sie wetten u.a. auf den Bankrott verschiedener EU-Staaten und bringen diese dadurch in Bedrängnis. Dem muss ein Ende gesetzt werden, deshalb war die Entscheidung der Bundesregierung richtig, Leergeschäfte zu verbieten.

Ich bedauere umso mehr, dass das Europäische Parlament vor den entscheidenden Sitzungen in keinsten Weise informiert wurde. Der Rat und die EU-Kommission haben das Parlament komplett übergangen. Das ist eine Missachtung der gewählten Volksvertreter, die im Gegensatz zu den EU-Beamten fast täglich mit den Bürgern diskutieren.

Nach der Solidaritätsadresse der EU für seine in Not geratenen Mitglieder müssen wir jetzt schonungslos über die Fehler nachdenken und entschlossen handeln: Für mich heißt das, kei-

ne weitere Aufweichung der Stabilitätskriterien und die Verschärfung der Sanktionen über monetäre Strafen hinaus, z.B. den befristeten Entzug von Stimmrecht. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank muss meiner Meinung nach gestärkt und eine Europäische Finanzaufsicht schnell auf den Weg gebracht werden. Eine strengere Überprüfung der nationalen Haushalte ist unbedingt erforderlich, wenn wir in Zukunft solche Situationen vermeiden wollen.

Europäisches Parlament verbietet Klebefleisch



Die CSU stimmte geschlossen gegen die Zulassung des Enzyms "Thrombin", das zum Zusammenkleben von Fleischresten, z.B. zu Schinken, benutzt wird. Fleischreste zu einem neuen Lebensmittel zusammenzukleben halte ich persönlich für eine Verbrauchertäuschung. Schinken ist ein hochwertiges Produkt, und Schinken muss Schinken bleiben! Immer mehr Ersatzprodukte wie Kunstschinken, Analogkäse und Krebsformfleisch führen die Verbraucher perfide hinters Licht. Es kann nicht sein, dass die EU-Kommission einerseits fränkische Brezeln wegen des Salzgehaltes verbieten und Lebensmittelkunstprodukte zulas-

sen will. Das Parlament hat das Vorhaben der EU-Beamten mit 370 gegen 262 Stimmen gestoppt.

Kommission soll bei Sicherheitspolitik endlich handeln

Das Ziel des so genannten Schengen-Informationssystems II (SIS II) ist u.a. die Erstellung einer europäischen Fahndungsdatenbank, in der gesuchte Personen auch anhand biometrischer Merkmale - wie Fingerabdrücke - registriert würden. Die europäischen Polizeidienste sollten für die grenzüberschreitende Verbrecherjagd auch zeitgemäße Technik zur Verfügung haben.

Bereits 2006 hätte dieses System ans Netz gehen sollen. Bis heute hat das mit der Umsetzung betraute belgisch-französische Konsortium HP/Steria jedoch noch nicht viel zustande gebracht. Die für die Projektleitung verantwortliche EU-Kommission sitzt nun schon auf Rechnungen von über mehr als 80 Millionen Euro.

Die EU-Kommission muss sicherstellen, dass das Schengener Informationssystem endlich in die nächste Generation weiter entwickelt wird. Dabei muss das Europäische Parlament in allen Phasen voll eingebunden werden. Das Parlament stimmte mit Vorbehalt einer Verlängerung des sich noch in der Testphase befindlichen Projekts bis 31. Dezember 2011 zu. Dies ist allerdings an deutliche Bedingungen geknüpft. Die finanziellen Mittel sollen gesperrt werden, wenn die Kommission bis Herbst 2010 keine zufriedenstellende Planung, Kostenaufstellung und technische Spezifizierung vorgelegt hat.

Abstimmung über Transportrichtlinie verschoben

Das Plenum hat seine Entscheidung, ob selbstständige Kraftfahrer nach wie vor ihre Arbeitszeiten selbst regeln dürfen, vertagt.

Der ursprüngliche Bericht meiner Fraktionskollegin Edit Bauer (Slowakei) sowie meine Änderungsanträge wurden zuvor im Ausschuss von einer linken Mehrheit abgelehnt. Dieser schützte jedoch die Selbstständigen vor Eingriffen in ihren Arbeitsalltag. Sollte das Plenum im Juni dieses Signal aufnehmen und ebenfalls gegen den Bericht stimmen, wird die Entscheidungsfreiheit der Unternehmer eingeschränkt werden.

Grenzüberschreitende Organspenden sollen einfacher werden

Das Europaparlament beschloss am 19. Mai mit großer Mehrheit (643 Stimmen), Organspenden zu vereinfachen und somit Patienten schnellere Hilfe zu ermöglichen. Die Richtlinie zu Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organtransplantationen ermöglicht in Zukunft eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten von der Spende bis zur Transplantation. Es wird erwartet, dass durch diesen Schritt Patienten, die ein Organ benötigen, kürzere Wartezeiten hinnehmen müssen.

Gleichzeitig fordert das Parlament in einem rechtlich unverbindlichen Aktionsplan die Mitgliedsstaaten dazu auf, ein "Spendenregister" einzuführen. Zudem weist das Parlament die EU-Kommission an, in allen Mitgliedsstaaten ein System einzurichten, das die Wünsche der Bürger in dieser Frage berücksichtigt.

Besonders begrüße ich die Idee, Transplantationskoordinatoren in den EU-Ländern einzusetzen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit besser zu vernetzen.



Christenverfolgung in Pakistan ächten

Das Europäische Parlament unterstützt in seiner Resolution zur Lage der Religionsfreiheit in Pakistan die Maßnahmen der pakistanischen Regierung zum Schutz der Religionsminderheiten. Allerdings kritisierten die Abgeordneten scharf das bestehende "Antiblasphemiegesetz". Demnach ist es unter Todesstrafe verboten, sich als Christ zu bekennen.

In meiner Plenumsrede warb ich für die Pakistan-Resolution und verwies besonders auf die schwere Lage der Christen in Pakistan. Weltweit sind 75 Prozent aller religiös verfolgten Menschen Christen. Für mich spielt die Religionsfreiheit eine zentrale Rolle in der Menschenrechtspolitik. Daher müssen auch Sanktionen eingeführt werden, um die Einhaltung der Menschenrechte zu forcieren. Insbesondere die Religionsfreiheit sowie der Schutz der verfolgten Christen müssen im Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands sowie der EU stehen.

Europa als Projekttag an deutschen Schulen



(Foto: Martin Kastler am Pirckheimer-Gymnasium in Nürnberg)

In der Europawoche 2010 fand zum vierten Mal der EU-Projekttag an deutschen Schulen statt. Ziel dieses Projekttages ist es, das Interesse von Schülern und Schülerinnen an der Europäischen Union zu wecken. Daher besuchten Politiker und Vertreter europäischer Institutionen Schulen in ganz Deutschland, um über die Europäische Union, ihre Vorteile für Deutschland und aktuelle europapolitische Themen zu diskutieren.

In diesem Rahmen habe ich vier Gymnasien in Mittelfranken besucht. Mit den vielen wissbegierigen Schülern führte ich sehr spannende Diskussionen über meine Arbeit im Europäischen Parlament und aktuelle europäische Ereignisse wie bspw. die Krise in Griechenland.

Mazedonien zu Gast beim Europafest in Schwabach

Das 4. Schwabacher Europafest war ein voller Erfolg! Trotz des ungemütlichen Wetters kamen zahlreiche Gäste mit Winterkleidung ins Käferloch am Marktplatz und feierten bei fränkischen und mazedonischen Spezialitäten.

Im Mittelpunkt des Festes stand das Gastland Mazedonien: Die mazedonischen Kulturvereine aus dem benachbarten Nürnberg verliehen mit Folklore-Tänzen und Spezialitäten dem Fest einen gelungenen Rahmen. Als Gäste konnte ich Frau Biljana Janeva von der mazedonischen Paneuropa-Union, und dem Oberstadtdirektor der Stadtgemeinde Kisela Voda aus Skopje begrüßen. Bevor die Delegation am Europafest teilnahm, besichtigte sie vormittags die Einrichtungen der Schwabacher Stadtwerke. Im Anschluss daran wurden die Gäste vom Oberbürgermeister der Goldschlägerstadt Schwabach Matthias Thürauf im Goldenen Saal des Rathauses empfangen.



(Foto: von links: M. Kastler, M. Thürauf, B. Janeva, D. Krzev)

Impressum:

Martin KASTLER MdEP

Abgeordnetenbüro Brüssel

Parlement Européen

60, rue Wiertz, ASP 15E218

B-1047 Bruxelles

Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8

Fax : +32 (0)2 28 49 53 8

martin.kastler@europarl.europa.eu

Folgen Sie Martin Kastler auf:



Redaktion:

Martin Kastler MdEP, Jana Fasinova, Maria Krämer, Tobias Englisch

V.i.S.d.P.:

Martin Kastler MdEP

Fotos: Europäisches Parlament, privat